

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 22. März 2016

Einbruchszahlen

Gestiegene Einbruchszahlen an Rhein und Ruhr haben im Landtag zu einer kontroversen Debatte über die Innere Sicherheit geführt. Die Opposition warf der Landesregierung Versagen vor. S. 3

Integration

Wie kann die Integration von Flüchtlingen in NRW gelingen? Darüber debattierten die Abgeordneten in einer Plenarsitzung. Zuvor hatte die Landesregierung über ihren Maßnahmenplan unterrichtet. S. 6

Kinderarmut

Die Kinderarmut stand im Mittelpunkt einer kontroversen Debatte im Plenum. Hintergrund der Aktuellen Stunde waren neue Studien, wonach die Kinderarmutsquote in NRW gestiegen ist. S. 7

Polizeibeschwerdestelle

In einer Anhörung des Innenausschusses ging es um die mögliche Einrichtung einer Polizeibeschwerdestelle. Bürgerinnen und Bürger könnten sich an sie wenden, wenn sie sich von der Polizei falsch behandelt fühlen. S. 9



Demokratie hautnah

Willkommen im neuen Besucherzentrum

Einblicke und Eindrücke

Manche Filme kann man sich immer wieder anschauen. Das gilt auch für den Film, der seit Ende Februar im neuen Besucherzentrum des Landtags zu sehen ist. Auf einer 240-Grad-Panorama-Leinwand zeigt er Impressionen aus Nordrhein-Westfalen und informiert über die Aufgaben des Parlaments und die Arbeit der Abgeordneten. Das Besondere: Dank ausgeklügelter Technik haben Zuschauerinnen und Zuschauer das Gefühl, sie stehen mitten im Geschehen. Sie schauen nach vorn, nach links, nach rechts – und entdecken ständig neue Details.

Gut angenommen

Das multimediale und interaktive Besucherzentrum wird gut angenommen. Gleich am ersten Öffnungswochenende wurden rund 1.000 Interessierte gezählt. Einblicke und Eindrücke finden Sie ab Seite 12.

Landtag Intern berichtet in dieser Ausgabe über vier Plenartage im März. Im Mittelpunkt standen u. a. die Flüchtlingssituation, Kinderarmut und der Nachtragshaushalt 2016. Er sieht Mehrausgaben in Höhe von 46,9 Millionen Euro vor – Geld, mit dem die Landesregierung ihr 15-Punkte-Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit und der Inte-

gration von Flüchtlingen finanzieren will. Hintergrund sind die Übergriffe während der Silvesternacht in Köln. Berichte über die Plenarsitzungen lesen Sie auf den Seiten 3 bis 7.

In einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses ging es um den Vorschlag, eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für NRW einzurichten. Bürgerinnen und Bürger könnten sich dort beschweren, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Doch auch Polizistinnen und Polizisten hätten Ansprechpartner, um über mögliche Missstände in ihrer Behörde zu berichten. Die Polizeigewerkschaften äußerten sich skeptisch, andere Sachverständige jedoch zustimmend (Seite 9). In der Rubrik „Schlag auf Schlag“ beziehen die Expertinnen und Experten der Fraktionen Stellung (Seiten 10 und 11).

Mit dem Besucherzentrum hat dieser „Blickpunkt“ begonnen, mit einem ganz besonderen Besucher soll er enden. Ein seltener Gast hatte sich nämlich am 7. März 2016 in einem Baum direkt am Landtagsgebäude niedergelassen – die von Landtag Intern befragten Experten waren sich allerdings anfangs nicht einig, ob es sich um einen jungen Uhu oder eine junge Waldohreule gehandelt hat. Mittlerweile ist das Rätsel aber gelöst.

zab



Titelthema: Demokratie hautnah

Das neue Besucherzentrum des Landtags 12-15

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Bernd Schalte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 17. März 2016, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Einbruchskriminalität im Fokus	3
Meldungen	4
Nachtragsetat: Ein 47-Millionen-Euro-Paket	5
Herausforderung Integration	6
Aktuelle Stunde zur Kinderarmut	7

Gesetzgebung	8
---------------------------	---

Schwerpunkt

Braucht NRW eine Polizeibeschwerdestelle?	9
Schlag auf Schlag	10-11

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

Meldungen	18
------------------------	----

Forum

Porträt: Mario Krüger (GRÜNE)	19
Kurz notiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Sichtweisen zur Sicherheit

Landtag streitet über Bekämpfung der Einbruchskriminalität

16. März 2016 – Die Kriminalitätsentwicklung in NRW stand im Mittelpunkt einer kontroversen Debatte im Landtag. Die FDP-Fraktion hatte die Aktuelle Stunde vor dem Hintergrund der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 beantragt. Sie kritisierte insbesondere die gestiegenen Deliktzahlen bei Einbrüchen.

In ihrem Antrag ([Drs. 16/11467](#)) spricht die FDP von einer „besorgniserregenden Kriminalitätsentwicklung“. Nie zuvor seien so viele Einbrüche und Taschendiebstähle erfasst worden bei sinkender Aufklärungsquote. Laut der Kriminalstatistik war die Zahl der Einbrüche im vergangenen Jahr um 18,1 Prozent auf 62.262 Fälle gestiegen.

„Nordrhein-Westfalen verkommt immer mehr zum Selbstbedienungsladen für Kriminelle“, beklagte [Marc Lürbke](#) (FDP). Im Vergleich zum Jahr 2010 habe es im vergangenen Jahr 18.000 Einbrüche mehr und 14.000 Taschendiebstähle mehr gegeben, zitierte er aus der Statistik. Nur 14 Prozent der Einbrüche würden aufgeklärt, nur ein Täter von hundert lande hinter Gittern. Lürbke bezeichnete die Kriminalpolizei als

Fotos: Schälte

„völlig überlastet“. Mit dem Nachtragshaushalt habe die Landesregierung zwar endlich nachgesteuert und mehr in die Innere Sicherheit investiert. Das sei aber nur ein erster Schritt. „Geben Sie den Menschen im Land Sicherheit!“, forderte Lürbke den Innenminister auf.

[Andreas Bialas](#) (SPD) kritisierte ein „Spitzenvokabular der Verunsicherung“ in Lürbkes Rede und forderte, zur sachlichen Ebene zurückzukehren. Er sah die Statistik zweigeteilt: Positiv falle beispielsweise auf, dass Kinder und Jugendliche immer seltener Opfer von Straftaten würden. Dass die Zahl der Wohnungseinbrüche hingegen so schnell und erheblich angestiegen sei, beunruhige auch seine Fraktion. Leider bilde NRW bei der Entwicklung der Delikte keine Ausnahme vom gesamten Bundestrend. „Wir brauchen mehr Polizisten“, forderte Bialas und verwies auf mehr Einstellungen als unter Schwarz-Gelb. Wichtig sei zudem die Prävention.

[Peter Biesenbach](#) (CDU) sah in den gestiegenen Einbruchszahlen ein „persönliches Totalversagen“ des Innenministers, aber auch insgesamt der Landesregierung. Nicht einmal die Hälfte aller Einbrüche werde aufgeklärt. Bürgerinnen und Bürger in NRW hätten ein anderthalbmal so hohes Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, wie ihre Mitmenschen in Baden-Württemberg. Biesenbach sprach von einem „Eldorado für Kriminelle“ und forderte mehr Polizeibeamte und wirksame Konzepte. Während der Innenminister den Anstieg der Einbrüche vor allem auf osteuropäische Banden zurückführe, habe das Landeskriminalamt herausgefunden: Die meisten Einbrecher wohnten in der Nähe.

„Gefährlicher Populismus“

Im zugrunde liegenden Antrag zu formulieren, dass NRW so unsicher wie lange nicht mehr sei, fand [Verena Schäffer](#) (GRÜNE) „grob fahrlässig“ von der FDP. Populismus solcher Art sei gefährlich und spiele den Falschen in die Hände. Tatsächlich sei die Kriminalitätsrate insgesamt um 1,1 Prozent gestiegen. Die Zahl schwerer Straftaten gegen das Leben – wie Mord oder Totschlag – wie auch gegen die sexuelle Selbstbestimmung sei zurückgegangen. In diesem Jahr stelle das Land 1.920 neue Beamtinnen und Beamte ein. Einen Personalmangel bei der Polizei sah Schäffer nicht. Diese sei in der Lage, das Gewaltmonopol durchzusetzen und tue dies auch.



Verena Schäffer
(GRÜNE)



Dirk Schatz
(PIRATEN)



Innenminister
Ralf Jäger (SPD)

Wohnungseinbrüche dürfe man nicht bagatellisieren, sagte [Dirk Schatz](#) (PIRATEN). Trotzdem sei Fakt, dass „wir in einem der sichersten Länder der Welt leben“. Wohnungseinbrüche machten 2,5 Prozent der gesamten Kriminalität aus. Osteuropäische Einbrecherbanden gebe es zwar, sie seien aber nicht die alleinige Erklärung, sagte Schatz. Vielmehr vermutete er ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren und erinnerte daran, dass im Jahr 2007 die Finanzkrise begonnen habe. Armuts- und Einbruchsquotienten korrelierten miteinander. Der Abgeordnete forderte eine Änderung des Baurechts, damit Vermieter für sicherere Türen und Fenster sorgen.

[Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) kritisierte, „manche verwechseln die Kriminalitätsdebatte mit dem Stammtisch“. Katastrophen- und Krisenrhetorik nutze nur den Populisten, argumentierte er und verwies auf die jüngsten Landtagswahlen, bei denen die Partei AfD in drei Länderparlamente eingezogen ist. Gerade weil Einbrüche die Betroffenen in ihrer sicher geglaubten Privatsphäre massiv verletzten, stelle man sich der Entwicklung mit allen Mitteln entgegen. Jäger verwies auf mehr Personal und bestehende Konzepte der Analyse und Prävention. „Schüren Sie nicht weiter Angst“, appellierte er an die Opposition. „NRW ist ein Land, in dem Bürger sicher leben können.“

sow



Eilantrag zur Leiharbeit

2.3.2016 – Der Landtag hat einen gemeinsamen Eilantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN zum Thema „Leiharbeit“ angenommen („Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden – Klare gesetzliche Regelungen schaffen“, [Drs. 16/11287](#)). CDU- und FDP-Fraktion stimmten gegen den Antrag, die PIRATEN enthielten sich. Die Koalitionsfraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, sich „im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses beim Arbeitnehmerüberlassungsgesetz dafür einzusetzen, dass mindestens der Koalitionsvertrag des Bundes umgesetzt wird“. Ein Entschließungsantrag der PIRATEN zum Thema ([Drs. 16/11311](#)) wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Ministerpensionen

2.3.2016 – Die Landesregierung will die Altersbezüge ehemaliger Ministerinnen und Minister neu regeln und hat dazu einen Gesetzentwurf eingebracht ([Drs. 16/11153](#)). Künftig soll es zudem für den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft eine Karenzzeit von bis zu einem Jahr geben, falls eine Ministerehrenkommission dies empfiehlt. Ruhegehaltszahlungen soll es laut Gesetzentwurf erst mit 67 statt wie bisher mit 60 Jahren geben. Wer zehn Jahre Ministerin oder Minister war, kann sie bereits ab dem vollendeten 62. Lebensjahr erhalten, allerdings mit Abschlägen (derzeit gilt: ab dem 55. Lebensjahr, es genügt acht Amtsjahre). Ein Anspruch auf eine kleine Pension über 9,6 Prozent des letzten Gehalts soll dafür bereits nach zwei Jahren bestehen. Bislang gibt es erst ab fünf Jahren Amtszeit Altersbezüge, dann aber bereits 30 Prozent des letzten Gehalts. Die Höhe der Bezüge soll sich linear zu den Amtsjahren entwickeln, um Sprünge zu vermeiden.

Elektromobilität

3.3.2016 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Elektromobilität beraten. Grundlage war ein Antrag der PIRATEN-

Fraktion ([Drs. 16/11288](#)), die ein Gesamtkonzept für NRW fordert – dazu soll auch die Entwicklung einer „breiten Lade-Infrastruktur“ für E-Autos, E-Bikes und E-Busse gehören. Ziel müsse sein, den Anteil an Autos mit Verbrennungsmotoren zu senken und den Öffentlichen Nahverkehr zu fördern. Die SPD verwies auf bereits laufende Aktivitäten. Wichtig sei, attraktive Rahmenbedingungen für E-Fahrzeuge zu schaffen, damit diese zu einem „verlässlichen Verkehrsträger“ würden. Die CDU sah Potenziale vor allem im öffentlichen Nahverkehr, bei Taxen, im Lieferverkehr und beim Carsharing. Um den Einzelnen beim Autokauf zu überzeugen, fehlten monetäre Anreize seitens des Bundes, kritisierten die GRÜNEN. Die FDP bezweifelte den Sinn einer Kaufprämie. Für den Kauf eines Elektrofahrzeugs sei Verlässlichkeit entscheidend, keine Prämie, meinte der Wirtschaftsminister.

NRW-Naturschutzgesetz

3.3.2016 – Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf ([Drs. 16/11154](#)) zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen ins Plenum eingebracht. Das Bundesnaturschutzgesetz lässt Handlungsspielräume für landespolitische Regelungen. Ziel der Landesregierung ist es nun, mit dem Gesetzesentwurf den Naturschutz in NRW zu stärken. Dabei geht es unter anderem um den Schutz der Artenvielfalt, ums Reiten in der freien Landschaft und erweiterte Klagerechte für Naturschutzverbände.

Sorge um Milchwirtschaft

3.3.2016 – Die CDU-Fraktion thematisiert in einem Antrag ([Drs. 16/11223](#)) ein Ungleichgewicht im Milchmarkt. Sie fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen des Kartellrechts für eine gemeinsame Vermarktungsplattform einzusetzen, um Dumpingpreisen entgegenzuwirken. Ziel soll sein, die Situation der Milcherzeuger zu verbessern. Gerade bäuerliche Familienbetriebe seien durch den Preisdruck des sich immer stärker konzentrierenden Einzelhandels in ihrer Existenz bedroht. Der An-

trag wurde mit einer Mehrheit aus SPD, GRÜNEN und PIRATEN abgelehnt, CDU und FDP stimmten für den Antrag.

Potenziale des Radverkehrs

17.3.2016 – Mit dem Radverkehr in NRW hat sich das Plenum auf Antrag von SPD und GRÜNEN befasst. Die Fraktionen haben eine Große Anfrage ([Drs. 16/10043](#)) zum Thema gestellt, sehen große Potenziale und wollen diese genutzt wissen. In den 186 Fragen geht es auch um kommunale Aspekte des Radverkehrs, um Netzwerke und Maßnahmen zur Förderung, um die Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln sowie um Sicherheit und Radfahrtourismus. Die Grundlage der Nahverkehrspolitik bilde der Aktionsplan der Landesregierung zur Förderung der Nahmobilität, heißt es in der Antwort des Verkehrsministeriums ([Drs. 16/11412](#)). Grundsätzlich seien Nahmobilität, Öffentlicher Nahverkehr und Autoverkehr als gleichwertige Gruppen im Gesamtverkehr zu behandeln.

Polizei und Bodycams

17.3.2016 – Der Landtag hat in einer von den PIRATEN beantragten Aktuellen Stunde über Körperkameras (Bodycams) bei der Polizei debattiert. Die Fraktion kritisierte in ihrem Antrag ([Drs. 16/11468](#)), dass Testeinsätze der Bundespolizei in den Hauptbahnhöfen Düsseldorf und Köln offensichtlich zum Dauereinsatz werden sollten. Man erwarte von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen ein klares Bekenntnis gegen Bodycams. Versuche in Rheinland-Pfalz seien vielversprechend, so die SPD. Deshalb würden nun auch in NRW die Rechtsgrundlagen geprüft. Ein CDU-Sprecher sagte, seine Fraktion fordere die Kameras seit langem. Die GRÜNEN halten den Einsatz für denkbar, wenn er mehr Sicherheit bringe. Für die FDP-Fraktion komme der Einsatz nur „situationsangemessen, anlassbezogen und verfassungsrechtlich sauber“ infrage. Die Landesregierung wies darauf hin, dass Modellversuche in anderen Bundesländern nicht auf NRW übertragbar seien.

Ein 47-Millionen-Euro-Paket

Nachtragshaushalt 2016 als Reaktion auf die Silvesternacht

2. März 2016 – Die Übergriffe am Hauptbahnhof Köln in der Silvesternacht 2015 beschäftigen weiter das Plenum. Landesfinanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans brachte nun einen Nachtragshaushalt für 2016 in den Landtag ein, mit dem das im Januar von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (beide SPD) angekündigte 15-Punkte-Programm finanziert werden soll. Die Opposition kritisierte die rot-grüne Finanzpolitik.

Der Entwurf ([Drs. 16/11250](#)) der rot-grünen Landesregierung sieht Mehrausgaben in Höhe von 46,9 Millionen Euro vor. Mit den geplanten Maßnahmen sollen nach den Übergriffen die Innere Sicherheit an Rhein und Ruhr sowie die Integration von Flüchtlingen gestärkt werden. Vorgesehen sind u. a. mehr Personal für Polizei und Justiz. Die Mehrausgaben sollen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Am Haushaltsvolumen von rund 69,6 Milliarden Euro soll sich nichts ändern. Die Nettoneuverschuldung liegt weiter bei 1,8 Milliarden Euro.

Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) sagte, es gehe u. a. um verstärkte Polizeipräsenz auf der Straße. So sollen 500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten an Brennpunkten eingesetzt werden. „Es wird mit Sicherheit nicht die letzte Herausforderung im Jahr 2016 sein“, sagte der Minister.

Die Landesregierung habe schnell auf die Vorgänge in der Silvesternacht reagiert, betonte [Stefan Zimkeit](#) (SPD). Der 15-Punkte-Plan werde durch den Nachtragshaushalt gut umgesetzt. Wichtig sei vor allem, eine Anlaufstelle für die Opfer der Silvesternacht einzurichten und mehr Polizei auf die Straße zu bringen.

„Unzulänglichkeit“

Noch bevor der beschlossene Haushaltsplan 2016 gedruckt vorliege, gebe es einen Nachtragshaushalt, kritisierte [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU) den Finanzminister für seine „Unzulänglichkeit in der Haushaltsaufstellung“. Schließlich sei die Flüchtlingsproblematik auch schon während der regulären Haushaltsberatungen bekannt gewesen.

[Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜNE) verteidigte die Entscheidung für 200 Zusatzstellen in der

Justiz, damit die Strafe auf dem Fuße folge. Das sei eine Anstrengung für den Haushalt, aber ein starkes Bekenntnis zum Rechtsstaat. Verunsicherung dürfe nicht zu einer Vertrauenskrise führen.

[Dirk Wedel](#) (FDP) nannte die Stärkung der Justiz und der Polizei richtig. Dies sei von der FDP-Fraktion allerdings schon gefordert worden, bevor „das Kind in den Brunnen gefallen“ sei. Rot-Grün warf er „Versäumnisse“ in diesen Handlungsfeldern vor. Was nun folge, sei ein „überfälliger Richtungswechsel“.

[Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) sagte, die Glaubwürdigkeit der Landesregierung werde „zu Grabe getragen“. Es sei richtig, die Hilfe für Verbrechensopfer und die Innere Sicherheit zu stärken. Dies sei aber schon vor der Silvesternacht bekannt gewesen, bei den Beratungen über den Haushalt 2016 im vergangenen Jahr.

sow, zab, wib

Foto: Schälte





PLENUM

Herausforderung Integration

Wie kann sie gelingen? Kontroverse Debatte im Plenum

3. März 2016 – Rund 330.000 Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr nach Nordrhein-Westfalen gekommen – mehr als 230.000 davon blieben nach Angaben der Landesregierung an Rhein und Ruhr. Wie ihre Integration gelingen kann, darüber debattierten nun die Abgeordneten des Landtags.

In einer Unterrichtung erinnerte Sozialminister [Rainer Schmelzer](#) (SPD) daran, dass im Landeshaushalt 2016 rund vier Milliarden Euro für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen vorgesehen seien. Als Maßnahmen nannte er u. a. die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, die Entwicklung von Integrationsmodellen an den Hochschulen, damit Flüchtlinge ein Studium aufnehmen könnten, und Hilfen für den Städtebau der Kommunen. Er betonte zugleich: „Kein einheimischer Bürger und keine einheimische Bürgerin wird durch die Hilfen für Asylsuchende schlechter gestellt.“

Für die SPD sagte [Britta Altenkamp](#), die Integration von Flüchtlingen sei eine „Riesenchance“, aber auch eine große Herausforderung. NRW fange nicht bei null an, sondern verfüge über große Erfahrungen. Von den Asylsuchenden werde keine Anpassung verlangt. „Wer bei uns dauerhaft leben will, muss sich aber zum Grundgesetz, zu unseren Werten und zur Demokratie bekennen.“ Altenkamp warb bei der Opposition dafür, dass sie sich an dem von Rot-Grün vorgelegten Integrationsplan ([Drs. 16/11229](#)) beteilige.

Konsens sei ein hohes Gut, sagte [André Kuper](#) (CDU) und erinnerte an die interfraktionelle

Integrationsoffensive von 2001. Er zweifle nun aber am Konsenswillen, weil Rot-Grün zuletzt Anträge seiner Fraktion erst abgelehnt und später als eigene Ideen ausgegeben habe. Zudem kritisierte er, die Landesregierung schaffe es nicht, die Flüchtlinge gerecht im Land zu verteilen. Solange es kein „vernünftiges Aufnahmeverfahren“ gebe, sei es für die Kommunen schwer, sich auf dauerhafte Integration zu konzentrieren.

„Streit um den besten Weg“

[Jutta Velte](#) (GRÜNE) verwies auf die Vergangenheit Nordrhein-Westfalens und betonte die Chancen der Zuwanderung: „Was wäre aus NRW geworden ohne die Gastarbeiter und die Aussiedlerinnen und Aussiedler?“ Geschwächte Sozialsysteme, weniger Steuereinnahmen, eine ältere Gesellschaft und eine Fachkräftekrise statt ein -mangel nannte sie als denkbare Folgen. Integration sei anstrengend, aber machbar, sagte sie. „Lassen Sie uns streiten für den besten Weg“, appellierte Velte an die Oppositionsfraktionen.

Einen Integrationsplan zu erarbeiten, sei richtig, sagte [Simone Brand](#) (PIRATEN). Aller-

dings werde nicht deutlich, wieviel Geld eingesetzt werden soll, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Zudem werde kein zeitlicher Rahmen gesetzt. Viele Punkte hätten schon vor Monaten auf den Weg gebracht werden müssen. Brand forderte u. a. die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Flucht und Einwanderung und mehr Investitionen in politische Bildung, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzubeugen.

Rot-Grün habe zahlreiche Vorschläge der Opposition abgelehnt, die sich im jetzt vorgelegten Konzept wiederfänden, sagte auch FDP-Fraktionsvize [Dr. Joachim Stamp](#). Er nannte u. a. Sprachkurse sowie die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer. Viel Zeit sei so verloren gegangen. Dies sei kein konstruktiver Umgang mit Vorschlägen der Opposition. Man sei bereit, gemeinsam an einem Konzept zu arbeiten. Schwerpunkte der FDP seien Sprache, Bildung und Ausbildung, Integration in den Arbeitsmarkt und Wertevermittlung. *sow, zab, wib*

Für die Debatte lagen weitere Anträge der Fraktionen von CDU ([Drs. 16/11225](#)), FDP ([Drs. 16/11299](#)) sowie PIRATEN ([Drs. 16/11318](#) und [16/11218](#)) vor.

Kindheit und Armut

Aktuelle Stunde vor dem Hintergrund neuer Studien

2. März 2016 – Der Landtag hat sich auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Thema „Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen“ befasst. Hintergrund der Aktuellen Stunde waren neue Studien des Kinderschutzbundes, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Hans-Böckler-Stiftung. Die Opposition warf Rot-Grün Versagen vor.

Den Untersuchungen zufolge seien bundesweit 12,5 Millionen Menschen von Armut betroffen, heißt es im Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/11286](#)). Vor allem in NRW und speziell im Ruhrgebiet gebe es große Probleme. Eine von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene Studie sei zu dem Ergebnis gekommen, „dass die Kinderarmutsquote in der Amtszeit der rot-grünen Landesregierung zwischen 2010 und 2014 von 20,9 Prozent auf 23,6 Prozent gestiegen ist“.

Die Landesregierung müsse „endlich wach werden und eine Kursänderung einläuten“, sagte CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#). Es gehe nicht um Modellprojekte, sondern darum, „mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen“. Arbeitsplätze seien immer nur zweiter Schwerpunkt der Landesregierung. Er sprach auch die Bildungspolitik an. In Familien, in denen Eltern ihren Kindern nicht helfen könnten, sei jede Stunde Unterrichtsausfall ein „Anschlag auf die Bildungschancen dieser Kinder“. Schlechte Bildungschancen beförderten Kinderarmut.

„Nicht schlechtreden“

[Michael Scheffler](#) (SPD) wies die Vorwürfe zurück. Über die letzten Monate betrachtet, sei die Arbeitslosigkeit auch in NRW zurückgegangen. Er erinnerte an 159.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die zwischen 2014 und 2015 entstanden seien: „Das sollte man nicht schlechtreden.“ Durch Einführung des Mindestlohns sei es zudem gelungen, die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ um 60.000 zu senken. Man habe erreicht, dass die Niedriglöhne in NRW zurückgedrängt worden seien.

[Marcel Hafke](#) (FDP) attestierte der Landesregierung und auch der Ministerpräsidentin persönlich ein „Versagen im angeblichen Kernbereich“. Für die Regierung, die mit dem Anspruch angetreten sei, kein Kind zurückzulassen, sei die Armutsbekämpfung Pflichtprogramm. Aber es gebe keinerlei durchschlagenden Erfolg, nicht einmal Lösungsansätze. Maßnahmen, die die Landesregierung ergreife, wirkten offenbar nicht richtig. Hafke forderte deshalb eine Evaluation der familienpolitischen Leistungen.

[Andrea Asch](#) (GRÜNE) plädierte dafür, „ausführlich, ernsthaft und mit offenem Visier“, vor allem aber faktenbasiert zu diskutieren. Die Kinderarmut sei seit 2006 – auch unter der CDU-/FDP-Regierungszeit – gestiegen. Sie fragte die CDU, wie sie zu Forderungen der Wissenschaftler stehe, die sich unter anderem für eine Umverteilung von oben nach unten und eine Kindergrundsicherung aussprächen. Asch verwies zudem auf landespolitische Maßnahmen und forderte gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land und Kommunen.

Für die PIRATEN-Fraktion forderte [Olaf Wegner](#) die Einführung eines Grundeinkommens für Kinder von 550 Euro. Auf diese Weise könne der Bund die Kinderarmut „sofort beheben“. Zudem müsse auch an die Absicherung der Eltern gedacht werden. Wegner sprach sich daher für ein Grundeinkommen für jeden Menschen aus. Es gebe keine bessere Familienpolitik, denn dieses Grundeinkommen werde auch dem Nachwuchs zugutekommen. CDU und SPD rief er auf, sich auf Bundesebene für ein solches Grundeinkommen einzusetzen.

Sozialminister [Rainer Schmeltzer](#) (SPD) wies die Kritik der Opposition zurück. 2007 – unter Schwarz-Gelb – sei jedes vierte Kind in Armut aufgewachsen. Es gehe bei diesem Thema nicht um Schuldzuweisung oder um einen „frühen Wahlkampf“. Schmeltzer betonte, Ziel müsse sein, Kinderarmut vor allem als Ergebnis der Armut von Eltern zu begreifen. „Kurz gefasst: Eltern brauchen eine gute, sichere Erwerbsarbeit.“ Daran arbeite die Landesregierung mit unterschiedlichen Projekten.

sow, zab, wib

Foto: Schälte



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunal-ebene | [Drs.16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9809](#) | Landesregierung | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9805](#) | CDU | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [Drs. 16/9887](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10057](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Regulierungskammer Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10189](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | 2. Lesung 2.3.2016 | angenommen

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs.16/10379](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10380](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/10799](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Nachtragshaushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/11250](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.3.2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/11153](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.3.2016 | Überweisung an den Hauptausschuss

Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [Drs. 16/11251](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.3.2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | Landesregierung | 1. Lesung 3.3.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | 1. Lesung 16.3.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes | [Drs. 16/10493](#) | Landesregierung | 2. Lesung 16.3.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016 | [Drs. 16/11309](#) | Landesregierung | 1. Lesung 16.3.2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben über die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10308](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Wenn zwei sich streiten

Sachverständige äußern sich zum Vorschlag einer Polizeibeschwerdestelle

16. Februar 2016 – Die PIRATEN-Fraktion regt die Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle in Nordrhein-Westfalen an. Bürgerinnen und Bürger könnten sich an sie wenden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Zugleich sollten dort auch Polizistinnen und Polizisten eine Anlaufstelle haben, um über mögliche Missstände in ihrer Behörde zu berichten. In einer Anhörung des Innenausschusses äußerten sich Sachverständige zu dem Antrag.

Die PIRATEN schlagen in ihrem Antrag (Drs. 16/8974) u. a. vor, zunächst einen „Runden Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, der Landtagsfraktionen und der Polizei-Gewerkschaften einzuberufen. Er solle später um Sachverständige aus der Wissenschaft ergänzt werden. Ein erfolgreiches Beispiel für eine unabhängige Beschwerdestelle sei der seit Juli 2014 in Rheinland-Pfalz tätige Beauftragte für die Landespolizei.

Die Polizei-Gewerkschaften lehnten die Einrichtung einer solchen Beschwerdestelle ab. Es sei bereits jetzt problemlos möglich, „sich über tatsächliches oder vermeintliches Fehlverhalten der Polizistinnen und Polizisten zu beschweren“, hieß es in der Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Ein internes Beschwerdemanagement sei ebenfalls vorhanden. Zudem sei eine solche Stelle nicht geeignet, mehr Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu schaffen: „Eher wahrscheinlich erscheint uns die Annahme, dass durch die Besonderheit einer Polizeibeschwerdestelle ein Misstrauen gegen die Polizei des Landes geschürt wird.“

„Kein Mehrwert“

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sah ebenfalls keine Notwendigkeit, eine unabhängige Beschwerdestelle einzurichten. Im Januar 2012 sei ein einheitliches Beschwerdemanagement bei der Polizei eingeführt worden, das Zuständigkeiten, Abläufe und Bearbeitungsstandards regle. Ein möglicher Mehrwert durch die von den PIRATEN angeregte Stelle sei nicht erkennbar.

Ähnlich äußerte sich die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG). Beschwerden und Eingaben aus der Bevölkerung würden bereits entgegengenommen und dem Beschwerdemanagement zugeleitet. Darüber hinaus sei sichergestellt, dass auch innerdienstliche Probleme aufgearbeitet würden.

In Rheinland-Pfalz habe man mit der 2014 eingerichteten unabhängigen Beschwerdestelle gute Erfahrungen gemacht, berichtete Dieter Burgard, Bürgerbeauftragter des Landes und zugleich Beauftragter für die dortige Landespolizei. Ziel sei es, „Konflikte mit und in der Polizei einvernehmlich mit den Mitteln der partnerschaftlichen Kommunikation zu bereinigen“. Als Beauftragter für die Landespolizei

sei er „Ombudsmann für Bürger und Polizisten“ und berichte einmal im Jahr dem Landtag. In seinem ersten Amtsjahr seien 54 Bürgerbeschwerden und 29 Eingaben von Polizistinnen und Polizisten an ihn gerichtet worden.

Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a. D., sah im rheinland-pfälzischen Modell einen „begrüßenswerten Schritt zu einer noch bürgerorientierteren, am Zielbild der Mediation ausgerichteten Beschwerdebearbeitung“. Die Polizei sollte „selbstbewusst und offen dafür sein, die vorhandene Vertrauensbasis weiter zu verfestigen“. Die Etablierung eines unabhängigen Polizeibeauftragten sei „kein Misstrauensvotum gegen die Polizei, sondern eine weitere vertrauensbildende Maßnahme für das Verhältnis der Gesellschaft zu ‚ihrer‘ Polizei“.

Die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle sei aus wissenschaftlicher Perspektive „uneingeschränkt zu begrüßen“, befand Prof. Dr. Michael Bäuerle (Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung). Die im Antrag beabsichtigte Ansiedlung beim Landtag und eine entsprechende Berichtspflicht nannte er „zielführend“.

Prof. Dr. Hartmut Aden (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) sprach sich ebenfalls für die Einrichtung

einer unabhängigen Beschwerdestelle aus. Zwar hätten die meisten Polizeibehörden in Deutschland ein „mehr oder weniger effektives Verfahren, um mit Beschwerden umzugehen“. Allerdings könnten sie nicht alle notwendigen Funktionen effektiv erfüllen. Empirische Untersuchungen hätten gezeigt, „dass Fälle, in denen Polizeieinsätze gegenüber Außenstehenden unangemessen oder gar rechtswidrig verlaufen, oft nicht hinreichend und nicht mit der gebotenen Neutralität aufgeklärt werden“.

Als „sinnvolles Instrument“ bezeichnete Prof. Dr. Bernhard Frevel (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW) eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle. Sie könne u. a. helfen, das Ansehen der Polizei zu stärken, den Kontakt zur Bevölkerung zu fördern sowie die Fehler- und Lernkultur innerhalb der Organisation zu verbessern.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte



Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Polizeibeschwerdestelle“



Thomas Stotko
(SPD)



Theo Kruse
(CDU)

Bei Problemen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei ...

... handelt es sich nicht immer um Straftaten, sondern häufig um Missverständnisse oder Kommunikationsfehler. Außerhalb der polizeilichen Situation kann dies oft in Gesprächen bereinigt werden.

... können die Bürger schon heute formlos eine Beschwerde an die Polizei senden. Anschließend geht ein qualifiziertes Beschwerdemanagement der Angelegenheit nach und unterrichtet den Beschwerdeführer über das Ergebnis der Überprüfung. Sollten sich zureichende Anhaltspunkte für ein strafrechtliches Fehlverhalten der Polizei ergeben, wird der Vorgang der zuständigen Staatsanwaltschaft zugeleitet.

Das derzeitige Beschwerdemanagement der Polizei ...

... funktioniert einwandfrei. Nach dem jährlichen Beschwerdebericht der Polizei wurden 2014 mehr als 4.200 Beschwerden bearbeitet. Das zeigt, dass es eines gesonderten Verfahrens zur Beschwerdeentgegennahme nicht unbedingt bedarf.

... dient dazu, die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der täglichen Arbeit der Polizei zu erhalten bzw. weiter zu verbessern. Über die Arbeit des Beschwerdemanagements legt die Landesregierung dem Innenausschuss jedes Jahr einen Bericht vor. Diese Berichte verdeutlichen, dass das Beschwerdemanagement der Polizei von der Bevölkerung angenommen wird und gut funktioniert.

Innerdienstliche Probleme ...

... werden nach der Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) auch mit Personalräten umfassend angesprochen. Durch Mitarbeiter-, Führungskräfte- und kollegiale Gespräche ist sichergestellt, dass niedrigschwellig Anreize bestehen, um die Fehlerkultur zu verbessern und Probleme offen anzugehen. Auch das Ausbildungs- und Fortbildungsprogramm der Polizei ist darauf ausgelegt.

... werden vor allem durch die landesweit 230 Sozialen Ansprechpartner der Polizei gelöst. Diese bieten Hilfen bei unterschiedlichsten Problemlagen an, wie z.B. bei Sucht, Mobbing, Arbeitsüberlastung oder sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Darüber hinaus stehen den Beamten Gleichstellungsbeauftragte, Polizeiärzte und -pfarrer sowie die Schwerbehindertenvertretung als Ansprechpartner zur Verfügung.

Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für NRW ...

... ist unter Berücksichtigung der Aufgaben des Petitionsausschusses und vorher genannter Möglichkeiten derzeit schwer vorstellbar. Aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands müsste die Notwendigkeit einer solchen Stelle umfassend begründet werden. Deshalb sollten weitere Erfahrungen aus anderen Ländern abgewartet werden.

... ist angesichts der vielfältigen vorstehend beschriebenen Kontrollmöglichkeiten in Bezug auf das Handeln der Polizei Nordrhein-Westfalen nicht erforderlich. Sollte sich in der Praxis dennoch Änderungsbedarf ergeben, ist es Aufgabe der Landesregierung, hier Abhilfe zu schaffen.



Verena Schäffer
(GRÜNE)



Marc Lürbke
(FDP)



Dirk Schatz
(PIRATEN)

... ist es wichtig, durch offenen Umgang mit Kritik den Beschwerden und Anliegen aus der Bevölkerung gerecht zu werden und diese konstruktiv für die Polizeiarbeit aufzunehmen. Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der Polizei kontinuierlich stärken und die polizeiliche Arbeit im Sinne einer bürgernahen Polizei weiterentwickeln.

... sind ein transparenter Umgang und eine unbelastete Aufarbeitung unerlässlich. Nicht erst die Kölner Silvesternacht zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger wie auch am Einsatz beteiligte Beamte dies zu Recht erwarten. Es ist wichtig, dass eine unverzügliche Aufklärung künftig sichergestellt wird, ohne dass das Parlament dies von der Regierung erst einfordern muss.

... bieten die Mittel der Mediation im Rahmen eines unabhängigen Polizeibeauftragten neue Lösungsansätze. Den Betroffenen kommt es oft weniger auf straf- oder disziplinarrechtliche Sanktionen an. Vielmehr wollen sie mit ihrem Anliegen ernst genommen werden. Die Mediation kann helfen, das Verhältnis zwischen den Konfliktparteien zu klären und gemeinsam einen Konsens zu erarbeiten.

... hat die rot-grüne Landesregierung eingeführt und ist ein wichtiger Schritt, um die Hemmschwelle für Bürgerinnen und Bürger für die Eingabe von Beschwerden und Anliegen zu senken. Die Veröffentlichung der jährlichen Beschwerdeberichte gewährleistet einen transparenten Umgang mit dem Thema.

... bietet zwar die Möglichkeit, im Wege einer Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerde vorzugehen, jedoch wird über diese Beschwerde nur innerhalb der Organisationsstrukturen der Polizei selbst entschieden. Bei substantiellen Strafanzeigen sichert die Abgabe an eine andere Polizeibehörde und Staatsanwaltschaft grundsätzliche Neutralität auch im Sinne der Betroffenen und der Polizei selbst.

... greift zu kurz. Deshalb wollen wir für NRW etwas Neues schaffen. Einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Stelle, die u.a. Beschwerden und Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern aber auch von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vertraulich und kompetent untersucht und bearbeitet.

... werden bislang durch das bestehende Beschwerdemanagement nicht abgedeckt. Als GRÜNE Fraktion halten wir es für sinnvoll, diese Lücke zu schließen und für innerdienstliche Anliegen von Polizist*innen perspektivisch die Stelle einer bzw. eines unabhängigen Polizeibeauftragten einzurichten. Die Stelle sollte Verbesserungsvorschläge für die polizeiliche Arbeit anregen und Anliegen von Polizist*innen an die Politik herantragen.

... müssen unter Wahrung der Anonymität gemeldet werden können, damit Hinweise auf Missstände und Fehler in den Behörden unabhängig überprüft werden können und abgeholfen werden kann. Das gilt auch für mangelnde interne Unterstützung bei der konsequenten Verfolgung von Beleidigungen und Angriffen auf Beamtinnen und Beamte, Unterbesetzungen wegen Personalnot vor Ort oder Überlastung in den Behörden.

... lassen sich häufig leichter mit einer außenstehenden Vertrauensperson besprechen. Selbstverständlich steht den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch der reguläre Dienstweg zur Verfügung. Doch viele nutzen diesen Weg bewusst nicht, weil sie bei bestimmten Themen negative Konsequenzen fürchten. Dadurch geht das jeweilige Begehren der Beamtinnen und Beamten nicht selten unter.

... streben wir als GRÜNE Fraktion im Sinne einer bzw. eines unabhängigen Polizeibeauftragten perspektivisch an. Diese Stelle soll sowohl Anliegen aus der Bevölkerung als auch Anliegen von Polizistinnen und Polizisten aufnehmen. Denkbar ist eine Schlichtungsfunktion bei Beschwerden von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen gegen Polizist*innen. Die Person sollte unabhängig vom Innenministerium sein und vom Parlament gewählt werden.

... wollen wir in der Form ermöglichen, dass Polizeibeamte sich auch an einen Polizeibeauftragten des Parlaments – ähnlich dem Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – als Ombudsmann wenden können.

... greift begrifflich zu kurz. Vielmehr geht es uns um einen ganzheitlichen Ansatz im Sinne eines vollwertigen Polizeibeauftragten, der weit über eine reine Beschwerdebearbeitung hinaus sowohl für die Belange der Bürger als auch der Beamten zuständig ist. Außerdem soll durch ihn aus wissenschaftlicher Sicht Polizeiforschung erleichtert, gefördert und ggf. selbst betrieben werden.

Willkommen im neuen Besucherzentrum



Informationen rund um die Arbeit von Landtag und Abgeordneten – und zwar multimedial und interaktiv: Das gibt es seit Ende Februar im neuen Besucherzentrum des Landesparlaments in Düsseldorf. Herzstück des Zentrums ist eine 240-Grad-Panorama-Leinwand.

Das Besucherzentrum ist an rund 40 Wochenenden im Jahr geöffnet – Besucherinnen und Besucher können samstags und sonntags jeweils von 11 bis 17 Uhr auf der Panorama-Leinwand einen etwa zehnminütigen Film sehen, der zeigt, wie die Abgeordneten des Landtags arbeiten und welche Aufgaben und Funktionen das Parlament hat. Dank der fast rundum verlaufenden Leinwand stehen sie dabei in der Mitte des parlamentarischen Geschehens. Der Film wird jeweils zur halben und zur vollen Stunde gezeigt. Für Besuche-

rinnen und Besucher mit Hörschädigung steht eine Version mit Gebärdensprach-Dolmetscher zur Verfügung.

Acht Informationsstelen

Weitere Informationen können an acht interaktiven Stelen abgerufen werden. Dort erfahren Besucherinnen und Besucher mehr über das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen und über die Abgeordneten. Sie können verfolgen, wie ein Gesetz entsteht. Oder sie

planen die exemplarische Arbeitswoche eines Parlamentariers. Ein Quiz mit Fragen zu Land und Landtag rundet das Angebot ab.

Natürlich steht der Landtag an den Besucherwochenenden auch zur individuellen Erkundung bereit. Geöffnet sind der Plenarsaal, Fraktionssäle und der Raum, in dem Pressekonferenzen stattfinden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Besucherdienstes beantworten Fragen. Immer zur vollen Stunde finden zudem geführte Besichtigungstouren durch den Landtag statt.

zentrum

70.000 Besucherinnen und Besucher

Für das neue Besucherzentrum ist der bisherige Vortragssaal des Landtags in rund sechs Monaten zunächst barrierefrei umgebaut und dann mit modernster Medientechnik ausgestattet worden. Das Angebot ergänzt das umfangreiche Besuchsprogramm für geführte Gruppen, an dem jedes Jahr rund 70.000 interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnehmen.

Das neue Besucherzentrum ist zugleich der zweite Teil eines Gesamtkonzepts zur Erweiterung der Informationsangebote des Landtags. Bereits seit vergangenem August können Interessierte auf den „Wegen der parlamenta-

rischen Demokratie“ die Orte in Düsseldorf entdecken, an denen der Landtag seit seiner Konstituierung 1946 getagt hat. Weitere Informationen zu diesem Angebot finden Sie unter: www.landtag.nrw.de.

Gegen Ende des Jubiläumsjahres wird der Landtag dann in der Villa Horion eine landtagsgeschichtliche Ausstellung für geführte Besuchergruppen eröffnen. Sie werden dort auf eine Zeitreise durch sieben Jahrzehnte Landtagsgeschichte mitgenommen. *wib*

Mehr zum Besucherzentrum lesen Sie auf den Seiten 14 und 15.

Foto: Schälte



TITELTHEMA

„Man hat das Gefühl, man ist mittendrin“

Neues Besucherzentrum lockt schon am ersten Wochenende 1.000 Menschen an

27. Februar 2016 – Zu sehen ist erst einmal: nichts. Also Augen zu und lauschen. Der Lore, die durch den Schacht rumpelt, und dann, Glückauf, dem Steigerlied. Dem Jubel im Stadion, der Stimmung im Karneval. Dem Vorbeirauschen der Autos, den Zügen, den Flugzeugen. Dem Lachen der Kinder, dem Zwitschern der Vögel. Dann die ersten bewegten Bilder: junge Reiterinnen an den Externsteinen im Teutoburger Wald, der Duisburger Hafenmeister in seinem Revier. Und natürlich der Blick ins Parlament. Willkommen in Nordrhein-Westfalen. Besser gesagt: Willkommen im neuen Besucherzentrum des Landtags.

Samstag, 27. Februar. Blauer Himmel, strahlender Sonnenschein, Temperaturen um die 4 Grad. Perfektes Ausflugswetter. Und das nutzen viele, um den Landtag Nordrhein-Westfalen zu besichtigen. Gespannt sind sie vor allem auf das neue Besucherzentrum, das – nach der offiziellen Eröffnung am 24. Februar 2016 – an diesem Tag erstmals seine Pforten für Gäste geöffnet hat. Das Fazit vorab: Man ist beeindruckt.

Die Resonanz am Premieren-Wochenende ist groß. Rund 1.000 Besucherinnen und Besucher, junge und nicht mehr ganz junge Leute, schauen sich im Landtag um. Von großem Interesse ist natürlich das neue multimediale Besucherzentrum mit seinen Informationsstellen und der 240-Grad-Panorama-Leinwand. Eine der ersten, die den etwa zehnminütigen Film über Land und Leute, die Arbeit der Abgeordneten und die Aufgaben der parlamentarischen Demokratie sehen, ist Romelia Fiering (18) aus Düsseldorf. „Das hat mir super gefallen“, sagt die Schülerin, die sich „spontan“ zu einem

Besuch des Landtags entschlossen hatte. Vor allem die Visualisierung sei beeindruckend, meint die junge Frau. Ganz fachfremd ist sie nicht: In ihrer Freizeit fotografiert die 18-Jährige gerne.

„Tolles 240-Grad-Kino“

„Sehr gut! Klasse! Man hat das Gefühl, man ist mittendrin“, lobt Petra Segschneider (52) aus Erftstadt-Gymnich. Der Film sei „mega-interessant“. „Tolles 240-Grad-Kino, ein schöner Film“, findet Bastian Schmale (35) aus Düsseldorf. Der Film zeige viele Facetten von NRW. Auch die Einstiegssequenz,

in der keine Bilder zu sehen, sondern ausschließlich Töne zu hören sind, hat es ihm angetan: Fußball, Karneval und ganz besonders das Steigerlied. „Das ist einfach gut gemacht“, urteilt Bernd Abel (35) aus Meinerzhagen. Der Film sei sehr kompakt und nicht zu lang: „Ein Film kann einen schließlich auch erschlagen.“

Die acht interaktiven Stelen, an denen sich die Besucherinnen und Besucher u. a. über das Parlament und seine Aufgaben, die Wahl zum Landtag und die Gesetzgebung infor-





mieren oder ihr Wissen bei einem Quiz testen können, werden gerne ausprobiert. „Das ist vor allem für Jüngere interessant, weil sie selbst aktiv werden können“, sagt Christoph Bluemcke (22) aus Berlin. Das Besucherzentrum sei „einladend gemacht“. Den Film auf der 240-Grad-Panorama-Leinwand findet er ebenfalls eindrucksvoll: „Einen solchen Film habe ich in Berlin noch nicht gesehen.“

Das Angebot des Landtags beschränkt sich nicht auf die Besichtigung des neuen Besucherzentrums. Führungen durchs Gebäude, aber auch individuelle Rundgänge stehen ebenfalls auf dem Programm. Und so können Interessierte vieles, was sie aus dem Film kennen, noch einmal „in echt“ betrachten – den Plenarsaal zum Beispiel, aber auch Fraktionssäle. Ein Blick in den Raum der Landespressekonferenz ist ebenfalls erlaubt.

zab



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der 24. Februar 2016 markiert einen Meilenstein bei der Erweiterung unseres Angebotes für Besucherinnen und Besucher. An diesem Tag haben wir im Landtag nach rund sechsmonatiger Bauphase unser neues Besucherzentrum eröffnet – für das Landesparlament ein ganz besonderer Tag.

Denn dieses Besucherzentrum ist das modernste in einem deutschen Landtagsgebäude. Statt des früheren Vortragssaals erwartet Sie ein barrierefreier und multimedialer Raum, dessen Herzstück die 240-Grad-Panorama-Leinwand ist.



Der Landtag versteht sich ganz bewusst auch als das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Bereits heute nehmen jedes Jahr rund 70.000 Menschen an den Führungen unseres Besuchsprogramms teil. Mit dem Besucherzentrum gehen wir aber einen entscheidenden Schritt weiter, weil sich das Angebot insbesondere an Individualbesucherinnen und Individualbesucher richtet.

Sie haben die Möglichkeit, sich hier an rund 40 Wochenenden im Jahr ein Bild von der Arbeit der Abgeordneten und von den Funktionen der parlamentarischen Demokratie zu machen – und zwar individuell und interaktiv. Das Besucherzentrum ist für mich damit ein deutliches Zeichen für Transparenz und gegen Politikverdrossenheit. Es soll Politik erlebbarer, transparenter und verständlicher machen.

Wir wollen Ihnen zeigen, wie Landespolitik gemacht wird. Und wir wollen verdeutlichen, dass es im Parlament, bei den Entscheidungen, die die Abgeordneten treffen, immer um eines geht: um das Zusammenleben und das Miteinander in unserem wunderbaren und einmaligen Bundesland, das in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag feiert.

Das Besucherzentrum ist zugleich der zweite Baustein in einem Gesamtkonzept, um unsere Informationsangebote zeitgemäß zu erweitern. Im vergangenen August haben wir die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ in der Düsseldorfer Innenstadt eröffnet. Sie führen an die Orte, an denen der Landtag seit seiner Gründung am 2. Oktober 1946 getagt hat. Und gegen Ende dieses besonderen Jahres, in dem Land und Landtag ihren 70. Geburtstag feiern, werden wir eine landtagsgeschichtliche Ausstellung in der Villa Horion in direkter Nachbarschaft zum Landtag eröffnen.

Und nun lade ich Sie herzlich ein, zu uns in den Landtag zu kommen und sich das Besucherzentrum anzuschauen. Nutzen Sie Ihren Besuch auch, um das Landesparlament individuell zu erkunden oder an einer Führung unseres Besucherdienstes teilzunehmen. Ich verspreche Ihnen: Es lohnt sich!

Carina Gödecke

Ihre Carina Gödecke
Präsidentin des Landtags

AUS DEN FRAKTIONEN

Neue Wohnungsbaupolitik für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen

In den NRW-Wohnungsbau kommt Schwung. Mit den seit 2010 kontinuierlich optimierten Förderrichtlinien ist es gelungen, wieder mehr bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. So ist 2015 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Vergleich zu 2014 um 37 Prozent gestiegen. Zeitgleich wurden bei der NRW.Bank rund 30 Prozent mehr des bereitgestellten Fördergeldes abgerufen.

„Unsere neue Wohnungsbauoffensive war dringend notwendig: Im Land fehlen mehrere 100.000 Wohnungen“, erklärte Jochen Ott, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag. Das gilt aufgrund des Zuzugs besonders für stark wachsende Ballungsräume wie Köln, Aachen, Düsseldorf und Münster sowie das Ruhrgebiet. Hier muss zudem als Ersatz für alte Wohnbestände viel neu gebaut werden. Hinzu kommen der zusätzlich benötigte

Wohnraum zur Unterbringung der Flüchtlinge sowie die fortwährende Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern.

„Mit der Wohnungsbauoffensive treiben wir die positive Entwicklung im Wohnungsbau weiter voran“, so Jochen Ott. Die Partner des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen“ haben auf Initiative des Landesbauministers Michael Groschek (SPD) ihr gemeinsames Engagement für bezahlbares Wohnen in NRW ausgeweitet. „Ziel ist es, in den nächsten Jahren jährlich 200.000 neue Wohnungen, mietpreisgebunden und frei finanziert, zu errichten. Erreichen wollen wir das über das Herrichten von Leerstand, Erleichterun-



Jochen Ott (SPD)

gen im Baurecht und steuerliche Vergünstigungen für Investoren“, sagt Jochen Ott. „Jetzt kommt es darauf an, dass die Städte und Gemeinden ihren Beitrag leisten: Aktive Baulandpolitik, Ausweisung geeigneter Wohnbauflächen und gezielte Investition sind notwendig. Nur so kann es gelingen, Wohnraummangel und Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbür-

ger erfolgreich für alle zu gestalten. Das ist auch eine Maßnahme in unserem Konzept für einen Integrationsplan für NRW.“ ■



Die NRW-Landesregierung muss Organisationschaos zulasten der Kommunen beenden

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßte in ihrer Sitzung am 15.3.2016 den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, zum Austausch über aktuelle Fragen der Flüchtlingspolitik. Die Landtagsabgeordneten schilderten die Situation in



Frank-Jürgen Weise (I.) und Armin Laschet in der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion zu aktuellen Fragen der Flüchtlingspolitik.

ihren Wahlkreisen und erörterten die Herausforderungen bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Weise machte deutlich, dass es das Ziel für die kommenden Monate sein müsse, Antragsentscheidungen bei klaren Fällen innerhalb von 48 Stunden zu erreichen und eine Million Asylverfahren im Jahr 2016 abzuschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedürfe es auch einer Mitwirkung der Bundesländer.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, erklärte in diesem Zusammenhang: „Frank-Jürgen Weise hat deutlich gemacht, mit welchen umfassenden Maßnahmen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seinen Teil der Verantwortung für eine Bewältigung der Flüchtlingskrise wahrnimmt. Bei der Umsetzung des

Plans ist das Bundesamt aber auf die Kooperation der Länder angewiesen. Hier hat die nordrhein-westfälische Landesregierung noch deutlichen Nachholbedarf. An vielen Stellen hinkt Nordrhein-Westfalen hinterher. So müssen die Ankunftscentren auch in unserem Land so gestaltet werden, dass sie zum zentralen Zugangspunkt für Flüchtlinge werden. Die Behörden und die Verwaltungsgerichtsbarkeit müssen die Anträge wie in Bayern unter einem Dach bearbeiten. So werden die Verfahrensabläufe optimiert und eine Überstellung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive in die Kommunen verhindert.“ ■



Die Landtagsfraktion
CDU

NRW stellt den ersten Integrationsplan auf

2016 wird das Jahr der Integration. Bei der Bewältigung dieser Mammutaufgabe können wir auf jahrzehntelange Erfahrung im Land zurückgreifen. Mit dem bundesweit ersten Integrationsplan haben wir uns auf den Weg gemacht, die Willkommenskultur mit Willkommensstrukturen zu verfestigen. Grundlegendes Ziel unseres Plans ist ein friedliches Zusammenleben aller Menschen unseres Landes mit einer beiderseitigen verbindlichen Akzeptanz unserer Grundwerte. Das fordern wir ein und wollen wir fördern. Die Investitionen werden allen Menschen in NRW zugutekommen, etwa durch zusätzliche Stellen für Lehrkräfte oder mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen alle, die sich haupt- und ehrenamtlich für die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger

engagieren, unbürokratisch unterstützen. Der mit der SPD auf den Weg gebrachte Integrationsplan umfasst fünf Handlungsfelder, die



von Integrationskursen und Qualifizierungen für Flüchtlinge bis über das Zusammenleben im Quartier reichen. Bevor der Plan im Plenum abschließend verabschiedet wird, können sich die unterschiedlichen Akteure mit eigenen Vorschlägen während des nun folgenden Beratungsverfahrens einbringen. Auch die Opposition ist ausdrücklich zur Mitarbeit eingeladen. Den entsprechenden Antrag zum Integrationsplan NRW findet man hier: <http://gruene.fr/ly>



Schulkongress: Weltbeste Bildung im digitalen Zeitalter

Funktioniert das Klassenzimmer der Zukunft wie das Holodeck bei Star Trek? Verbessert moderne Hardware und aktuellste Software den Unterricht, auch wenn die Lehrkräfte nicht ausreichend fortgebildet werden? Diese und viele andere Fragen hat die FDP-Landtagsfraktion mit über 250 Gästen und Experten bei ihrem Schulkongress über die beste Bildung im digitalen Zeitalter debattiert.

Angela Freimuth, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, forderte Mut und Kreativität statt Missmut und Lethargie, damit der notwendige Bildungssprung zur weltbesten Bildung gelingen kann. „Schule muss Kindern eine umfassende Medienkompetenz vermitteln und idealerweise die Eltern mitnehmen“, sagte Freimuth. Der Umgang mit digitalen Medien ersetzt dabei aus Sicht der Freien Demokraten



keineswegs grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen oder die Handschrift. Sie ergänzen sich gegenseitig. „In der Schule der Zukunft erhalten unsere Schüler beste Bildung weiterhin durch Pädagogen von Angesicht zu Angesicht und einen professionellen Umgang mit den digitalen Medien“, beschreibt Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, das Anliegen.

Mit der Digitalisierung wird sich die Berufs- und Lebenswelt aller Menschen stark verändern. Wie dies in der Realität aussehen kann, stellten renommierte Experten dar. Prof. Dr. Johannes Schöning, Professor für Mensch-Maschine-Interaktion an der Uni Hasselt in Belgien, gab Einblicke in verschiedene Technologien wie die Virtual-Reality-Brille, mit der in Zukunft Expeditionen in entlegene Regionen oder Reisen durch die Geschichte möglich würden. Aus dem schulischen Alltag berichteten der Schulleiter und eine Lehrerin aus dem Kollegium des Franz-Stock-Gymnasiums in Arnsberg, einer Vorreiterschule beim Thema Digitalisierung.



Piratenfraktion vor Ort – Piraten bringen Politik aus dem Landtag raus zu den Menschen

Wir bringen Politik dahin, wo sie hingehört – in die Öffentlichkeit. Die Piratenfraktion NRW ist seit Januar mit einem mobilen Büro in ganz NRW unterwegs und sucht vor Ort das Ge-

spräch mit den Menschen. Wir wollen erfahren, was die Menschen von uns Politikern erwarten. Wir wollen Diskussionsrunden initiieren und im direkten Dialog mit den Menschen ihre Probleme erörtern. Feste Termine sind die Fraktionssitzungen und die Sitzungen des Landtags NRW. Diese werden über einen Live-Stream auf einen großen Bildschirm übertragen, so dass jeder Interessierte die Ereignisse verfolgen kann. Bei jeder Fraktionssitzung gibt es außerdem ein politisches Schwerpunktthema, welches diskutiert wird.

Das Car Office ist mobiler Arbeitsplatz und Kommunikationszentrum zugleich. Die Menschen können vor Ort mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Piratenfraktion ins

Gespräch kommen und Kritik und Fragen loswerden, Anregungen und Ideen einbringen. Damit ist das Car Office eine Weiterentwicklung von Open Antrag, unserem Internetportal, bei dem bereits heute jeder Interessierte Anträge an die Politik im Landtag NRW einbringen kann. Dies ging bislang ausschließlich digital – von nun an ist dies auch im persönlichen Gespräch vor Ort möglich. Die aktuellen Termine unter www.piratenfraktion-nrw.de.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Unterricht für Flüchtlingskinder

17.2.2016 – In einer Anhörung haben Sachverständige im Schulausschuss zur CDU-Forderung ([Drs. 16/9798](#)) nach einem Gesamtkonzept zum Schulbesuch von Flüchtlingskindern Stellung bezogen. Viele sahen die Lehrkräfte nicht ausreichend qualifiziert, um der höchst heterogenen Gruppe angemessen zu begegnen. Ein einziges Modul in der Lehrerbildung und spezielle Fortbildungen derzeit nur für neue Lehrkräfte seien zu wenig. Brigitte Balbach von Lehrer NRW forderte „deutlich mehr Geld“, um die Erstphase zu schaffen. Auch die Forderung nach mehr Lehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen wurde erhoben. Die Zeichen stünden in der Schullandschaft auf Wachstum statt auf Schrumpfung, erklärte die Dortmunder Schuldezernentin Daniela Schneckenburger. Teils stehe das Ausländerrecht dem Recht auf Bildung entgegen, kritisierte der Flüchtlingsrat NRW: Solange sich Flüchtlingskinder in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen befänden – also etwa Kinder aus „sicheren Herkunftsländern“ dauerhaft – könne kein Schulbesuch stattfinden. Einen ausführlichen Bericht finden Sie im Internet: www.landtag.nrw.de.

Kölner Silvesternacht

22.2.2016 – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV (Silvesternacht 2015) hat seine Arbeit aufgenommen. Nach der konstituierenden Sitzung am 18. Februar 2016 traf sich der Ausschuss am 22. Februar 2016 zu einer öffentlichen Sitzung in Köln. Die Mitglieder machten sich während des Ortstermins ein Bild von den Gegebenheiten am Hauptbahnhof. Dort und im Bahnhofsgebäude waren in der Silvesternacht Hunderte Frauen vor allem von Tatverdächtigen mutmaßlich aus Nordafrika sexuell belästigt, bedrängt und bestohlen worden. Bei der Polizei gingen bislang rund 1.100 Anzeigen ein. Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob es Fehler und Versäumnisse von Landesbehörden, insbesondere der Polizei, auch im

Zusammenwirken mit der Bundespolizei gegeben hat. Der Ausschuss hat bereits mit der Befragung von Zeuginnen und Zeugen begonnen.

Computerspiele-Branche

25.2.2016 – Die Computerspiele-Branche stand im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien. Anlass war ein Antrag der PIRATEN-Fraktion („Leistungsfähigkeit der deutschen Game Development Branche“, [Drs. 16/9430](#)). Die Fraktion regt an, eine Studie zur Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftszweigs in Auftrag zu geben. Unterhaltungselektronik und Spieleentwicklung seien einer der wichtigsten Wachstumsmärkte. Um die Branche fördern zu können, sei jedoch eine solide Datenbasis erforderlich. Die Landesregierung solle deshalb eine Studie zur Leistungsfähigkeit der Branche in NRW in Auftrag geben. Die Untersuchung solle u. a. die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, Gehälter und Umsätze berücksichtigen. Die Sachverständigen befürworteten den Antrag. Sie sprachen von einer umsatzstarken, wachsenden Branche. Ihr Einfluss auf andere Industrien sei groß. In Deutschland würden zwar viele Spiele gekauft, jedoch vergleichsweise wenige entwickelt. Es fehlten Ausbildungsgänge und Förderungen. Erforderlich seien mehr Daten über die Branche. In einer Studie dürfe man jedoch nicht nur auf typische Beschäftigungsverhältnisse blicken. Die Computerspiel-Branche sei geprägt von Projekt-Arbeitsverhältnissen. Zudem sollten die gesammelten Daten möglichst internationale, zumindest aber bundesweite Vergleiche erlauben.

Stärkungspakt

11.3.2016 – In einer Anhörung des Innenausschusses haben sich Sachverständige zum „Stärkungspakt“ geäußert. Hintergrund war ein Antrag der CDU-Fraktion („Stärkungspakt jetzt reformieren – verzögerte Evaluation ist nicht ausreichend“, [Drs. 16/5764](#)). Der Stärkungspakt

gilt für Kommunen in finanzieller Schieflage und soll ihnen einen nachhaltigen Haushaltsausgleich ermöglichen. Die Christdemokraten sehen jedoch Mängel und fordern eine grundlegende Reform. Der Stärkungspakt sei ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, hieß es in einer gemeinsamen Stellungnahme von Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund. Die betroffenen Kommunen stünden aktuell jedoch vor „Mammutaufgaben“ wie der Flüchtlingsunterbringung und -integration. Diese Mehrkosten könnten sie nicht schultern. Integration dürfe aber nicht von der jeweiligen Kassenlage abhängen. Aus Sicht des Steuerzahlerbundes handelt es sich beim Stärkungspakt um einen „umfassenden Steuererhöhungspakt“, da alle betroffenen Kommunen „an der Steuerschraube gedreht“ hätten, um die Einnahmen zu erhöhen. Prof. Dr. Janbernd Oebbecke (Universität Münster) hielt eine „Fundamentalkritik“ am Stärkungspakt für nicht gerechtfertigt. Er gehe davon aus, „dass der Pakt in vielen, aber nicht in allen Kommunen“ erfolgreich sein werde.

Petitionsausschuss vor Ort

18.4.2016 – Der Petitionsausschuss bietet am Montag, 18. April 2016, von 14 bis 18 Uhr eine Sprechstunde im Rathaus der Stadt Bochum an. Der Ausschuss hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Kommunal- oder Landesbehörde falsch behandelt fühlen. Einwohnerinnen und Einwohner aus der gesamten Region – also auch aus den angrenzenden Kreisen, Städten und Gemeinden – haben die Gelegenheit, den Abgeordneten und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ihre Probleme zu schildern. Der Petitionsausschuss des Landtags befasst sich im Jahr mit rund 4.000 Eingaben aus den unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen. Wer sein Anliegen persönlich vorbringen möchte, sollte sich unter den Telefonnummern 0211/884-2506 und -2938 anmelden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Weitere Informationen zum Petitionsverfahren finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Ein Abend für die Feuerwehr



Landtagspräsidentin Carina Gödecke mit (v.l.) Dr. Jan Heinisch, Vorsitzender des Verbandes der Feuerwehren in NRW, Daniel Sieveke, Vorsitzender des Landtags-Innenausschusses, und Innenminister Ralf Jäger.

Mit einem Parlamentarischen Abend hat der Landtag am 2. März 2016 das Engagement der Freiwilligen Feuerwehrmänner und -frauen in NRW gewürdigt. Zu der Veranstaltung hatte das Landesparlament gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Verband der Feuerwehren in NRW eingeladen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke konnte gemeinsam mit Vizepräsident Eckhard Uhlenberg mehrere hundert Gäste begrüßen. Schwerpunktthema des Abends war das Projekt „Feuerwehrensache – Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren“ vom Verband der Feuerwehren und des Innenministeriums. Mehr lesen Sie unter www.landtag.nrw.de.

Ein Abend mit Prof. Grosser



Vizepräsident Keymis (M.) mit Prof. Dr. Grosser (l.) und Düsseldorf's Oberbürgermeister Geisel.

Einen besonderen Gast konnte die [Parlamentariergruppe NRW-Frankreich](#) am 2. März 2016 gemeinsam mit dem Institut français Köln/Düsseldorf begrüßen: Der deutsch-französische Publizist, Soziologe und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Alfred Grosser sprach zum Thema „Frankreich/Deutschland: Freundschaft in Krisenzeiten“. Der Vorsitzende der Parlamentariergruppe und Vizepräsident des Landtags, [Oliver Keymis](#), würdigte Grosser vor den rund 200 Gästen als streitbaren Publizisten, der sich immer für die deutsch-französische Verständigung eingesetzt habe. Mehr lesen Sie unter www.landtag.nrw.de (Parlament & Wahlen_Ausschüsse & Gremien_Parlamentariergruppen_NRW-Frankreich).

FORUM

Porträt: Mario Krüger (GRÜNE)

Sich selbst bezeichnet Mario Krüger als „grünes Urgestein“. Noch in der Gründungsphase trat er 1982 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei und half zunächst in Mettmann und dann in Dortmund, aus der lockeren Bewegung eine Partei zu formen. „Politisch interessiert war ich schon immer. Das grüne Projekt fand ich dann einfach spannend und wollte so schnell wie möglich dabei sein“, erinnert sich Krüger. Themen wie die Nachrüstung und die Anti-Atom-Bewegung sowie die Mitarbeit bei Amnesty International hätten ihn politisch geprägt. Seit 2012 sitzt Krüger nun im nordrhein-westfälischen Landtag.

Als Berufspolitiker sieht sich der Familienvater aber nicht. „Ich bin finanziell unabhängig und könnte jederzeit in mein Berufsleben zurück. Das ist mir sehr wichtig“, sagt er. Durch diese Freiheit entstehe eine gewisse Gelassenheit, die manch einem Karrierepolitiker fehle. Bevor er bei der vorgezogenen Neuwahl im Mai 2012 über die Landesliste der GRÜNEN in den Landtag einzog, war Krüger als Krankenhausplaner tätig. Nach seinem Realschulabschluss 1973 in Dortmund absolvierte er vier Jahre lang eine Ausbildung zum Technischen Zeichner und machte dann die Fachhochschulreife. Es folgte ein Studium der Versorgungs- und Umwelttechnik an der Fachhochschule Köln, das er 1982 als Diplom-Ingenieur beendete, und danach verschiedene Tätigkeiten bei Firmen und Unternehmen. Doch was genau macht so ein Krankenhausplaner überhaupt? „Es geht um die komplette technische Ausstattung eines Krankenhauses: Energieversorgung, Wasseraufbereitung, Gasherstellung, Brandschutz, Klima- und Lufttechnik. Etwa die Hälfte der Gesamtbaukosten fließen in den technischen Bereich“, erzählt Krüger.

Der Job, zuletzt als Abteilungs- und Niederlassungsleiter in einem Ingenieurbüro in Dortmund, war allerdings nur ein Teil im Leben vor dem Landtag. Einen nicht unwesentlichen Teil verbrachte Krüger als Kommunalpolitiker. Seit 1984 bekleidete er verschiedene politische Ämter. Sei es als Fraktionssprecher in der Bezirksvertretung Lütgendortmund (1984 bis 1989), als Einzelkämpfer in der Bezirksvertretung Huckarde (1989 bis 1994), als Mitglied (1994 bis 2012) und Fraktionssprecher (2001 bis 2012) im Rat der Stadt Dortmund oder als Fraktionssprecher im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (2004 bis 2012). Denkt Krüger an diese Zeit zurück, erinnert er sich vor allem an die viele Arbeit durch die Doppelbelastung von Job und Politik. „Manchmal fühlte man sich wie ein Hamster im Laufrad“, sagt er. Nach der Arbeit ging es an den heimischen Schreibtisch oder zu Sitzungen. Und auch am Wochenende musste die Familie oft-



mals auf ihn verzichten. 90 Stunden pro Woche oder noch mehr seien für all das draufgegangen. Mit dem Einzug in den Landtag habe sich dies aber geändert. Durch den professionellen Apparat im Hintergrund könne er sich auf seine Themen konzentrieren und werde entlastet.

Seine Themen, das sind die Finanzen und das Kommunale. Anfangs wollte sich Krüger im Landtag eigentlich der Verkehrspolitik widmen. Doch Bedarf gab es an anderer Stelle, und er wurde Sprecher im Ausschuss für Haushaltskontrolle sowie im Ausschuss für Kommunalpolitik. „Zwei interessante Bereiche“, sagt Krüger mittlerweile. So agiere er als Bindeglied zwischen der Landes- und der Kommunalebene und sei für viele Parteikollegen vor Ort der Ansprechpartner, wenn es darum gehe, die Auswirkungen von Landtagsbeschlüssen auf die Städte und Gemeinden zu besprechen. Und als bekennender Zahlenmensch, der sich gerne durch Aktenberge arbeitet, scheint der Haushaltsbereich wie für ihn gemacht.

Besonders wichtig war Krüger die Mitarbeit in der interfraktionellen Ehrenamtskommission, die Strategien entwickelt hat, um das kommunale Ehrenamt auch angesichts des gestiegenen Aufgaben- und Zeitaufwands attraktiv zu halten und zu stärken. „Das kommunale Ehrenamt ist eine wichtige, unverzichtbare Säule der Demokratie. Die Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden, betreffen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar.“ Das galt auch für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und die enge Begleitung des Stärkungspakts Stadtfinanzen. „Wir brauchen wieder handlungsfähigen Kommunen“, so Krüger, der seine Wurzeln nicht vergessen hat.

Christian Wolf

Kurz notiert

Nacht der Museen

Der Landtag wird sich am Samstag, 9. April 2016, wieder an der „Nacht der Museen“ beteiligen. Das Landesparlament ist von 19 bis 1 Uhr morgens für alle Interessierten geöffnet. Schwerpunkt des Programms ist der 70. Landes- und Landtagsgeburtstag. Im Besucherzentrum werden neben dem Panoramafilm auch „alte Filmschätzchen“ aus den vergangenen sieben Jahrzehnten gezeigt. Natürlich sind auch wieder Kunst-Rundgänge sowie Vorträge im Plenarsaal im Angebot.

Ausschussvorsitz

Die Abgeordnete [Eva Lux](#) ist zur neuen Vorsitzenden des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses gewählt worden. Die SPD-Abgeordnete folgt auf Uli Hahnen (SPD), der im Januar gestorben war. Neue stellvertretende Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses als Nachfolgerin von Hahnen ist [Heike Gebhard](#) (SPD).

WestLB-Ausschuss

Neuer Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II (WestLB) ist der Landtagsabgeordnete [Christian Haardt](#). Das Plenum wählte den CDU-Politiker am 2. März 2016 zum Nachfolger von [Peter Biesenbach](#) (CDU), der nun Vorsitzender des neuen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Silvesternacht 2015) ist.

Rechtsextremismus

Um Rechtsextremismus in Deutschland und Europa geht es am Donnerstag, 14. April 2016, bei der Veranstaltung „Im Feind vereint“ im Besucherzentrum des Landtags. Sie richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 11. Klasse. Nach der Begrüßung durch Landtagspräsidentin [Carina Gödecke](#) und einem Grußwort von [Prof. Dr. Rainer Bovermann](#), dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, wird Dr. Thomas Pfeiffer (Innenministerium) zum Thema „Rechtsextremismus heute: Alter Rassismus in neuem Gewand“ sprechen. Eine Filmdokumentation über die Strategie der europäischen Rechtsextremisten schließt sich an. Auf dem Programm steht außerdem eine Diskussion mit den Fraktionssprecherinnen und -sprechern im Hauptausschuss sowie mit Maria Springenberg-Eich, der Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Die Veranstaltung ist ausgebucht.

Gestorben

- 17.2. [Karl Knipschild](#) (CDU) MdL 1980-1995
24.2. [Albert Leifert](#) (CDU) MdL 1985-2000



Seltener Gast

Ein seltener Gast hatte sich am 7. März 2016 in einem Baum direkt am Landtagsgebäude in Düsseldorf niedergelassen. Nach Recherchen beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Greifvogelstation Hellenthal handelte es sich um eine junge Walddohreule. Sie blieb den ganzen Tag an der selben Stelle sitzen und sorgte für große Aufmerksamkeit im Landtag. Möglicherweise habe das Tier ein neues Revier gesucht oder sei bei der Futtersuche „hängengeblieben“. Die Eule hielt es allerdings nicht lange am Landtag. Am nächsten Morgen war sie verschwunden.

Foto: Schälte